

Politische Erwachsenenbildung

Zielsetzungen, Aufgaben und Perspektiven

Christine Zeuner

Zusammenfassung

Der Beitrag skizziert die Entwicklung der politischen Erwachsenenbildung in Deutschland über einen theoretisch-historischen Zugang und fragt nach ihren Zielsetzungen, aktuellen Herausforderungen und Perspektiven in einer demokratischen, sozial heterogenen Gesellschaft. Die pluralistische Organisation der politischen Erwachsenenbildung außerhalb von Schule und Jugendbildung spiegelt die vielfältigen Aufgaben und Interessen wider, die mit ihr verknüpft werden. Ausgehend von einem kritischen Standpunkt wird argumentiert, dass die politische Erwachsenenbildung auch heute noch im Rahmen des Bildungswesens einen Beitrag leistet zur Sicherung der Demokratie und zur Stärkung individueller und kollektiver politischer Urteilkraft, Handlungsfähigkeit und Partizipation.

1. Politische Erwachsenenbildung: Struktur, Zielsetzungen und Aufgaben

Die Relevanz politischer (Erwachsenen-)Bildung als Grundlage und Garant demokratischer Gesellschaften, als generationsübergreifende gesellschaftliche Aufgabe, als ein Element des lebenslangen Lernens ist national wie international unbestritten. Unbestritten ist auch, dass durch politische Bildung die Kritik-, Urteils- und Partizipationsfähigkeit der Menschen für den Fortbestand demokratischer Gesellschaften entwickelt werden soll. Wie diese eher abstrakten, übergeordneten Zielsetzungen inhaltlich und methodisch umgesetzt werden können und wie die politische Bildung tatsächlich gesellschaftliche Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten unterstützen kann und soll, wird aber durchaus kontrovers diskutiert (vgl. Allespach/Meyer/Wenzel 2009, S. 14-15).

Organisationsstrukturen der politischen Erwachsenenbildung

Bezugspunkt der aktuellen politischen Erwachsenenbildung ist eine heterogene, differenzierte Gesellschaft, deren unterschiedlichen Interessen sich in einer pluralistischen Organisationsstruktur von Trägern und Anbietern wieder finden. Deutschland

verfügt im Gegensatz zu vielen anderen Staaten über eine sehr differenzierte Trägerstruktur. Finanziert von Bund und Ländern, ist es Aufgabe der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung, das „Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken“ (Bundeszentrale für politische Bildung 2010).

Dies charakterisiert den grundlegenden Auftrag der politischen Bildung, dem sich in der Regel auch andere Organisationen/Träger und Anbieter politischer Bildung verpflichtet sehen. Sie vertreten aber gleichzeitig die Interessen und Sichtweisen ihrer jeweiligen Organisationen, sodass politische Stiftungen, Arbeitgebervereinigungen, Gewerkschaften und die Kirchen als Träger politischer Bildung unterschiedliche Zielsetzungen verfolgen und auch bestimmte Zielgruppen ansprechen. Vorwiegend öffentlich finanzierte Angebote der Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung, Volkshochschulen, Heimvolkshochschulen, die Vereinigung Arbeit und Leben sowie freie Träger stehen allen Interessierten offen.

Der Anteil dieser Anbieter am Gesamtspektrum der Erwachsenenbildung ist nicht genau auszumachen: Die DIE-Trendanalyse von 2010 stellt fest, dass 0,6 Prozent aller Anbieter politischen Parteien oder Stiftungen zuzurechnen sind, 1,9 Prozent den Gewerkschaften, 3,9 Prozent den Kirchen, 5,2 Prozent den Arbeitgebern/Kammern, 7,5 Prozent Verbänden und Vereinen sowie 23,5 Prozent den Volkshochschulen. Damit ist nicht ausgedrückt, in welchem Umfang diese Einrichtungen tatsächlich Angebote zur politischen Bildung machen (vgl. Dollhausen 2010, S. 47). Diese können aufgrund fehlender Erhebungen nicht genau bestimmt werden. Die regelmäßigen Erhebungen des Deutschen Volkshochschulverbandes weisen eine seit Jahren konstante Belegungszahl von ca. 10 Prozent in den Bereichen Politik/Gesellschaft/Umwelt nach (Ambos 2010, S. 106). Nach dem Weiterbildungsmonitor des DIE machte im Jahr 2008 bei ausgewählten Trägergruppen der Anteil politischer Bildungsangebote 5 Prozent aus (Weiss/Horn 2010, S. 32).

Die sehr differenzierte Organisationsstruktur in der politischen Erwachsenenbildung geht einher mit unterschiedlichen theoretischen und politischen Grundannahmen, die einer großen Variationsbreite unterliegen (vgl. dazu die Darstellung von Positionen in Hufer/Pohl/Scheurich 2004; Ahlheim 2004). Begriffe, mit denen politische Bildung im Laufe der Zeit umschrieben wurde (z. B. Nationalerziehung, Volksbildung, Staatsbürgerkunde, Re-education), charakterisieren zum einen den gesellschaftlichen Stellenwert, der ihr durch die jeweilige (Bildungs-)Politik zugeschrieben wurde, und verweisen zum anderen auf die damit verbundenen unterschiedlichen Ziele.

Die politische Bildung hat auf der einen Seite die Aufgabe, die Anpassung der Bevölkerung an und ihre Integration in das bestehende politische System zu gewährleisten. Auf der anderen Seite will sie über die Widersprüche politischer und gesellschaftlicher Realität aufklären und die Menschen bei der Entfaltung von Urteils- und Kritikfähigkeit unterstützen. Durch die partizipative politische Gestaltung der Demokratie soll die Verbesserung der Lebensbedingungen und ein demokratisches Gemeinwesen für alle erreicht werden.

Entwicklung politischer Erwachsenenbildung

Die unterschiedlichen Zielsetzungen und Richtungen der politischen Bildung – sie bewegen sich zwischen den Polen Anpassung an bestehende gesellschaftliche Verhältnisse und partizipative Veränderung und Gestaltung der Gesellschaft – werden bei der historischen Betrachtung der politischen Entwicklung der Bundesrepublik deutlich. Die historische Perspektive veranschaulicht, dass die Zielsetzungen und Richtungen politischer Bildung auch eine Reaktion auf oder die Antizipation von gesellschaftlichen Umbrüchen darstellten.¹

Nach dem 2. Weltkrieg bis in die 1950er Jahre:

- national-konservative Konzeption harmonisierender Gesellschaftsauffassung
- altliberale Konzeption unpolitischer humanistischer Bildungstradition einer harmonisierenden Gesellschaftsauffassung
- Re-education im Sinne einer von John Dewey geprägten „Education for Democracy“
- linksliberale Konzeption einer von der Konflikttheorie bestimmten Gesellschaftsauffassung.

1960er bis 1980er Jahre:

- demokratisch-sozialistische Konzeption einer antagonistischen Gesellschaftsauffassung
- christlich geprägte, evangelische wie katholische Richtungen der politischen Bildung.

Seit den 1990er Jahren:

- neoliberale Konzeption einer modernen, von Individualisierung geprägten Gesellschaftsauffassung
- Active Citizenship; Education for Citizenship (EU)
- kosmopolitische politische Bildung.

Fundament aller Ansätze ist eine demokratische Gesellschaftsordnung, der eine Interdependenz zwischen Gesellschaftsstruktur und politischer Bildung inhärent ist (vgl. Hufer 1999). Konzeptionen und pluralistische Ziele der politischen Bildung sind gesellschaftlich-historisch bedingt und damit auch veränderbar.

Gegenstandsbezug politischer Erwachsenenbildung

Die vielfältigen Zielsetzungen, Perspektiven und Funktionszuweisungen erschweren eine eindeutige Definition für politische Bildung. Über einige ihrer Dimensionen herrscht weitgehender Konsens: Unabhängig von (partei-)politischen oder theoretischen Standpunkten ist der Bezug zur Demokratie Grundlage politischer Bildung.

Gegenstandsbezogen hat sie die Aufgabe, die Bevölkerung zu politischer Partizipation zu befähigen, was sowohl Wissen als auch Handlungsfähigkeit voraussetzt. Daraus folgt zum einen als Aufgabe die Vermittlung von Wissen über das politische

System, über Politik als Prozess und ihren normativen Gehalt. Das heißt, politische Bildung schließt die soziologische Analyse der bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse und Strukturen unter Einschluss der historischen Dimension ein und thematisiert damit aktuelle Konflikte und Kontroversen (vgl. Lösch 2010, S. 120). Zum anderen ist es Ziel politischer Bildung, gesellschaftliche Interessen im Verhältnis zu subjektiven, objektiven und fremden Interessen bewusst zu machen und weitergehende gesellschaftlich-politische Perspektiven und Handlungsoptionen zu diskutieren.

Die Wissensaneignung erfolgt nicht nur im Rahmen organisierter Veranstaltungen, sondern häufig informell über Lektüre oder Medien. Politische Handlungsfähigkeit eignen sich Personen zudem außerhalb organisierter politischer Bildung in politischen Handlungszusammenhängen an (Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Mitbestimmungsgremien/Selbstverwaltung in Schulen, Hochschulen oder Betrieben, zivilgesellschaftliches Engagement, Parteien usw., vgl. Trumann 2010).

Organisierte politische Bildung zielt darauf, „qualifiziertes Orientierungswissen“ und „qualifizierendes Orientierungswissen“ zu vermitteln (Behrens 1999, S. 208). Dabei geht es beim ersten um die Informationsvermittlung und die Entwicklung eines Verständnisses für politische Zusammenhänge, das Voraussetzung ist für einen aktiven Meinungs- und Willensbildungsprozess. Beim zweiten steht die Aneignung und Erprobung von Methoden und Techniken im Vordergrund, die die politische Handlungsfähigkeit des Einzelnen unterstützen (Behrens 1999, S. 208-209).

Im Mittelpunkt steht der *Bildungs*prozess des Subjekts, der einerseits zu einer erweiterten politischen und gesellschaftlichen Urteilsfähigkeit führen soll. Andererseits soll er die Menschen befähigen, sich in einer Welt, die von Ambiguität geprägt ist, zurechtzufinden. (vgl. Hufer 2005, S. 303; Wulf 1984, S. 451).

2. Politische Erwachsenenbildung: Herausforderungen und Irritationen

Die organisierte politische Bildung wurde in den letzten 20 Jahren durch nationale und internationale Entwicklungen einem enormen Veränderungsdruck ausgesetzt, der Konsequenzen hinsichtlich ihrer organisatorischen Struktur, aber auch ihrer inhaltlichen Ausgestaltung nach sich zog. Zwar wird ihre gesellschaftliche Relevanz weiterhin nicht in Frage gestellt, einige aktuelle Entwicklungen der politischen Erwachsenenbildung verdeutlichen aber die Widersprüchlichkeit dieses Bildungsbereichs.

Marginalität oder Relevanz

Die Relevanz politischer Erwachsenenbildung für den Fortbestand der Demokratie wird im Prinzip nicht bestritten, aber trotzdem sind in Theorie und Praxis der politischen Bildung Tendenzen zu beobachten, die diese Aussage widersprüchlich erscheinen lassen. So stagniert die Teilnahme an organisierten Veranstaltungen der politischen Bildung seit Jahren. Höchstens zwei Prozent aller Personen zwischen 18 und 65 Jahren, die an Weiterbildung teilnehmen, besuchen Angebote der politischen

Bildung. Dabei wird der Begriff der politischen Bildung weit gefasst, indem auch Aspekte der Ökologie, des interkulturellen Lernens, der Ethik oder allgemeine politische Fragen des Alltags eingeschlossen werden (Hufer 2010, S. 13). Eine Evaluation der politischen Bildung aus dem Jahr 2004 belegt, dass die politische Bildung vor allem höher gebildete Personen erreicht. 43,3 Prozent der Teilnehmer haben ein Studium absolviert, zusätzlich haben 19,3 Prozent das Abitur. Der politischen Bildung wird eine „Mittelschichtenorientierung“ bescheinigt (vgl. Hufer 2010, S. 13; Bremer/Kleemann 2010).

Bei der Finanzierung ist die Marginalisierung der politischen Bildung ebenfalls zu beobachten: Obwohl jährlich von Privatpersonen, Firmen und der öffentlichen Hand gemeinsam Milliarden für Weiterbildung ausgegeben werden, kommt nur ein geringer Teil der politischen Bildung zugute. Institutionalisierte Förderung der politischen Erwachsenenbildung durch den Staat oder gemeinnützige Träger stagnieren oder werden gekürzt (AdB 2010). Besonders in den letzten Jahren erhöhte sich auch auf Einrichtungen der politischen Bildung der Druck, sich marktförmig zu verhalten, da sich Politik und Staat aus ihrer Gestaltungsverantwortung für die öffentliche Meinungs- und Willensbildung zurückziehen. Bildungspolitische Interventionen und Steuerungsimpulse betonen die Marktförmigkeit gewinnorientierter Weiterbildung (vgl. Ahlheim 2007; Dollhausen 2010, S. 50).

Normativität oder Beliebigkeit

Die Diskussion um die Frage, ob politische Bildung normativ einen an der Aufklärung orientierten, kritischen Bildungsbegriff vertreten soll oder eher beliebige politische Standpunkte, die nicht theoretisch begründet werden, wird nicht intensiv geführt. Sie wird aber implizit in vielen Stellungnahmen zur politischen Bildung aufgenommen, meistens in Form einer Kritik an der kritisch-theoretischen Ausrichtung der politischen Bildung in den 1970er und 1980er Jahren. Dabei wird den damaligen wie den heutigen Vertretern dieser Richtung „Mission“ im Sinne einer Belehrungskultur vorgeworfen, die sich in einer modernen politischen Bildung überholt habe (vgl. Sander 2002, S. 17). Sie werden als „Weltverbesserer“ bezeichnet, deren „vollmundigen gesellschaftsverändernden Versprechungen durch eine emanzipatorische Pädagogik“ heute keine Gültigkeit mehr hätten (Arnold/Siebert 2003, S. 24; vgl. die Kritik von Ahlheim 2004; 2007).

Trotzdem deuten zahlreiche Veröffentlichungen auf eine Renaissance der kritischen, emanzipatorischen politischen Bildung hin. Die Ansätze und Konzepte eint die Kritik an aktuellen politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnissen, die nach Auffassung ihrer Vertreterinnen und Vertreter auf den globalen, neoliberalen Marktradikalismus der letzten zwei Jahrzehnte zurückzuführen sind (z. B. Ahlheim 2007; Steffens 2007; Mende/Müller 2009; Lösch/Thimmel 2010; Negt 2010).

„Normativität“ in der politischen Bildung bedeutet seit dem 2. Weltkrieg in der Regel, auf die Entwicklung demokratischen Denkens und demokratischer Verhaltensweisen zu zielen, was die Vermittlung bestimmter Werte mit einschließt. Im Prinzip wurde und wird diese Grundlage politischer Bildung nicht in Frage gestellt.

Die Diskussionen entzündeten sich – historisch gesehen – in den 1970er Jahren dort, wo die Demokratie als Instrument der Herrschaftslegitimation hinterfragt, ihre Widersprüche aufgedeckt und in einem öffentlichen Diskurs ihre Veränderung im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Beteiligung angemahnt wurde. Diesem theoretischen Gesellschaftsentwurf entsprechen in der Praxis der politischen Bildung didaktisch-methodische Modelle, die keine normativen Inhalte im engeren Sinn vorgeben, deren Ziel aber im Sinn von Aufklärung die Erkenntnis gesellschaftlicher Zusammenhänge und Widersprüche sowie die Entwicklung individueller Urteils- und Kritikfähigkeit ist (vgl. Allespach/Meyer/Wenzel 2009, S. 119).

Nationale und internationale Herausforderungen

Neben den strukturellen und organisatorischen Herausforderungen, denen sich die politische Bildung gegenüber sieht, haben vor allem politische und ökonomische Entwicklungen der letzten 20 Jahre den Charakter der Gesellschaft verändert. Sie haben Einfluss auf die politische Bildung genommen und werden auch in Zukunft wirken.

- So werden Veränderungen der Sozialstruktur Deutschlands auf die neoliberale Wirtschaftsordnung zurückgeführt. Die Durchsetzung marktradikaler Positionen hatte zur Folge, dass die Politik den sozialen Wohlfahrtsstaat deregulierte und in Teilen abbaute, was zu einer sozialen Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich führte. Diese Spaltung hat Folgen wiederum auf die politische Einstellung der Bevölkerung: Rechtsradikale und rassistische Einstellungen treten deutlicher hervor. Sie entstehen durch Konkurrenz um Arbeitsplätze, um wohlfahrtsstaatliche Transferleistungen, durch ein Klima, das Diskriminierungen begünstigt und damit die Demokratie bedroht (Butterwegge 2010, S. 266). Internationale ökonomische Entwicklungen, die die nationale Politik beeinflussen, wirken ebenfalls auf Einstellungen von Menschen zur Demokratie. Der Eindruck, dass Politik weniger antizipativ gestaltend handelt, sondern eher reaktiv schadensbegrenzend bzw. ihr Handeln mit ökonomischen Standortvorteilen begründet, hat zu einem Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit von Politikern und Parteien geführt, zu Desillusionierung über das politische System, zu Entpolitisierung und teilweise zur Ablehnung der Demokratie (Zeuner 2010, S. 175-176).
- Die Politik der Europäischen Union, in deren Mittelpunkt die Wirtschaftspolitik mit ihrem Ziel steht, den wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt aufzubauen, wird von der Bevölkerung ebenfalls ambivalent gesehen, trotz offizieller Bekundungen, gleichzeitig ein sozial ausgewogenes Europa zu schaffen. Im Eurobarometer vom Herbst 2009 wird die Funktionsweise der Demokratie in Europa von den Befragten skeptisch eingeschätzt (European Commission 2009, S. 27). Die Antworten bescheinigen der EU zudem ein erhebliches Demokratiedefizit und ein Vermittlungsproblem: Es ist für die Bürgerinnen und Bürger der EU schwierig, die politische und ökonomische Bedeutung der EU im internationalen Zusammenhang einzuschätzen und ihre Vor- und Nachteile zu beurteilen.

- Globalisierungsprozesse stellten zunächst primär die Internationalisierung und Verflechtung der Weltwirtschaft und die Liberalisierung der Finanzmärkte dar, sie führten jedoch auch in politischen, sozialen und ökologischen Bereichen zu erheblichen Veränderungen. In zahlreichen westlichen Demokratien setzte sich ökonomisch ein neoliberaler, marktradikaler Standpunkt durch, beruhend auf Prinzipien wie selbstregulierenden Marktkräften und verstärkter Privatisierung. Die Staaten behalten zwar ihre Rolle als Rechtsstaat und garantieren rechtliche Rahmenbedingungen, sie nehmen aber wenig Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung und vertrauen auf die Selbstregulierungskräfte des Wirtschaftssystems (Eppler 2005, S. 30).

Weitere internationale Entwicklungen wie globale Umweltprobleme, gefolgt von transkontinentalen Migrationsbewegungen, Armut, Bürgerkriegen und Auseinandersetzungen um die gerechte Verteilung lebensnotwendiger Ressourcen sind bisher eher marginale Themen der politischen Bildung. Es scheinen aber in den neuen sozialen Bewegungen über Fragen zur interkulturellen Bildung, Menschenrechtsbildung und Aspekte globalen Lernens politische Inhalte mittlerweile eine hohe Aufwertung und Bedeutung erfahren – ohne dass dieser Trend bisher direkte Auswirkungen auf organisierte politische Bildungsangebote hätte (vgl. Fritz/Maier/Böhnisch 2006, S. 175 ff.).

3. Perspektiven der politischen Erwachsenenbildung

Die dargestellten nationalen und internationalen Problemlagen weisen auf Gegenstandsbereiche und Fragestellungen der politischen Erwachsenenbildung hin. Zwar ist politische Bildung allein nicht in der Lage, drängende politische Probleme zu lösen, aber sie kann ein Forum bieten, in dem Probleme analysiert und diskutiert und in dem politische Utopien und politische Handlungsstrategien entwickelt werden können.

Die politische Erwachsenenbildung wird weiterhin die Aufgabe haben, politisches Zusammenhangs- und Orientierungswissen in organisierten Veranstaltungen zu vermitteln. Denn die Prognose, dass politische Bildungsinhalte stärker in den Lebenszusammenhang integriert werden, heißt nicht, dass eine organisierte, zielgerichtete, an identifizierbare Lernorte gebundene politische Bildung, in deren Mittelpunkt die Reflexion über gesellschaftliche Verhältnisse und ihre Folgen steht, überflüssig ist. Denn „Veranstaltungen politischer Erwachsenenbildung haben in der Regel den Vorteil, einen Ort bieten zu können, an dem kontroverse Themen ohne akuten Entscheidungsdruck diskursiv ausgehandelt und unterschiedliche Positionen argumentativ vertreten werden können“ (Behrens 1999, S. 208).

Sinnvoll wäre es aber für die politische Erwachsenenbildung, sich gleichzeitig stärker in der offenen Bildungsarbeit zu engagieren, indem sie durch partizipative und aufsuchende Bildungsarbeit Möglichkeiten und Wege der politischen Gestaltung unterstützt. Der Politik- und Demokratiedistanz eines Teils der Bevölkerung, die unter anderem mit fehlenden politischen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten be-

gründet wird, könnte so begegnet werden. Die Vermittlung gesellschaftlicher Kompetenzen, die zu Kritikfähigkeit und politischen Urteils- und Handlungsfähigkeit führen, bleibt genuine Aufgabe der politischen Bildung. Konkrete Zukunftsaufgaben der politischen Erwachsenenbildung können hier nur skizziert werden:

- Organisatorisch und strukturell ist eine Diversifizierung des Angebots notwendig, indem Zielgruppen angesprochen werden, die als „politikfern oder -distanziert“ bezeichnet werden – Menschen mit Migrationshintergrund, bildungsferne Personen, bestimmte soziale Milieus (Bremer/Kleemann-Göring 2010).
- Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus bleiben relevante Themen, die von der politischen Erwachsenenbildung inhaltlich bearbeitet werden müssen. Dabei ist es wichtig, aus einer historisch-kritischen Perspektive heutige Entwicklungen zu reflektieren und sie in einen politischen Handlungskontext zu stellen (Butterwegge 2010).
- Fragestellungen zur ökologischen Entwicklung im Zusammenhang von internationaler Politik, Ökonomie und Technologie und deren globalen Folgen werden im Rahmen des globalen Lernens in gemeinsamer Verantwortung stärkeres Gewicht bekommen (Zeuner 2008).
- Im Rahmen der wissenschaftlichen Ausbildung von ErwachsenenbildnerInnen müsste die politische Bildung einen höheren Stellenwert bekommen, um langfristig eine bessere Verzahnung zwischen Theorie und Praxis zu bewerkstelligen (Bremer/Kleemann 2010).
- Neben nationalen Perspektiven der politischen Erwachsenenbildung müssen in Theorie und Praxis internationale Fragestellungen eine wesentlich größere Rolle spielen, da die Einflüsse der Globalisierung auf die Alltags- und Berufswelt erheblich sind, aber auch gestaltbar (Steffens 2007).
- Neben einer institutionalisierten Bildungsarbeit wäre die Entwicklung aufsuchender Formen der Bildungsarbeit im Sinne angelsächsischer kritischer Ansätze zu „Community-development“-Strategien hilfreich, die an den alltäglichen Lebenserfahrungen der Menschen anknüpft und gemeinsam mit ihnen Perspektiven zur Veränderung ihrer Lebenswelt entwickelt und entsprechende Aktivitäten unterstützt. Dies geht über Konzepte einer quartierbezogenen Sozialarbeit durch einen dezidiert politischen Bildungsanspruch weit hinaus.

Politische Bildung in diesem Sinn leistet einen Beitrag zur Identitätsbildung und damit zur individuellen wie gesellschaftlichen Existenz. Über Reflexion kommt der Mensch zur Urteilsfähigkeit und damit gemeinsam mit anderen zur Gestaltung der Gesellschaft:

„Ihrem ganzen, geschichtlich geprägten Wesensgehalt nach ist politische Bildung unabtrennbar mit der Deutung gesellschaftlicher Strukturen und dem Ziel, die ideologischen Ablagerungen, die Wirklichkeit verdecken, abzutragen und die Veränderungspotentiale im Bestehenden sichtbar zu machen. *Denn Utopie ist die konkrete Verneinung der als unerträglich empfundenen gegenwärtigen Verhältnisse, mit der klaren Perspektive und der mutigen Entschlossenheit, das Gegebene zum Besseren zu wenden.*“ (Negt 2010, S. 36; Hervorh. im Original)

Anmerkungen

- 1 Die ersten fünf Zuschreibungen nach Wulf (1974), S. 450-451; eine ähnliche Systematisierung bis Ende der 1990er Jahre findet sich bei Hufer (1999).

Literatur

- Ahlheim, K. (2004): Scheingefechte. Zur Theoriediskussion in der politischen Erwachsenenbildung. Schalbach/Ts.: Wochenschau
- Ahlheim, K. (2007): Ungleichheit und Anpassung. Die Modernisierung der Weiterbildung. In: ders.: Ungleichheit und Anpassung: Zur Kritik an der aktuellen Bildungsdebatte. Hannover: Offizin, S. 33-51
- Allespach, M./Meyer, H./Wenzel, L. (2009): Politische Erwachsenenbildung. Ein subjektwissenschaftlicher Zugang am Beispiel der Gewerkschaften. Marburg: Schüren
- Ambos, I., unter Mitarbeit von Meike Weiland (2010): Einrichtungen. In: Trends der Weiterbildung. DIE-Trendanalyse 2010. Bielefeld: W. Bertelsmann, S. 93-125
- Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) (2010): Deutschen Bildungsträgern droht der Kahlschlag. Pressemitteilung vom 22.07.2010, www.demokratiebrauchtpolitischebildung.de (Abruf: 08.09.2010)
- Arnold, R./Siebert, H. (2003): Konstruktivistische Erwachsenenbildung. 4. Auflage. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren
- Behrens, G. (1999): Methodische Zugänge. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Politische Erwachsenenbildung. Ein Handbuch zu Grundlagen und Praxisfeldern. Bonn, S. 205-220
- Bremer, H./Kleemann-Göring, M. (2010): „Defizit“ oder „Benachteiligung“: Zur Dialektik von Selbst- und Fremdausschließung in der politischen Erwachsenenbildung und zur Wirkung symbolischer Herrschaft. In: Zeuner, C. (Hrsg.): Demokratie und Partizipation: Beiträge der Erwachsenenbildung. Hamburger Hefte für Erwachsenenbildung 2/2010. Hamburg: Universität, S. 12-28
- Bundeszentrale für politische Bildung (2010): Selbstdarstellung. Bonn. www.bpb.de/die_bpb/ (Abruf 08.09.2010)
- Butterwege, C. (2010): Rechtsextremismus, Marktradikalismus und Standortnationalismus. Die neoliberale Modernisierung als Basis für rassistische Ausgrenzung. In: Lösch, B./Thimmel, A. (Hrsg.): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Schalbach/Ts.: Wochenschau, S. 265-275
- Dollhausen, K. (2010): Einrichtungen. In: Trends der Weiterbildung. DIE-Trendanalyse 2010. Bielefeld: W. Bertelsmann, S. 35-74
- Eppler, E. (2005): Auslaufmodell Staat? Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Verlag.
- European Commission (2009): Eurobarometer 72. Public Opinion in the European Union. First Results, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb72/eb72_first_en.pdf (Abruf: 19.06.2010)
- Fritz, K./Maier, K./Böhnisch, L. (2006): Politische Erwachsenenbildung. Trendbereich zur empirischen Wirklichkeit der politischen Bildungsarbeit in Deutschland. Weinheim: Juventa
- Hufer, K.-P. (1999): Historische Entwicklungslinien: Politische Erwachsenenbildung in Deutschland von 1945 bis zum Ende der 90er Jahre. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Politische Erwachsenenbildung. Ein Handbuch zu Grundlagen und Praxisfeldern. Bonn, S. 87-103
- Hufer, K.-P. (2005): Politische Bildung in der Erwachsenenbildung. In: Sander, W. (Hrsg.): Handbuch politische Bildung. Schriftenreihe 476. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 300-311

- Hufer, K.-P. (2010): Politische Erwachsenenbildung. In: Zeuner, C. (Hrsg.): Enzyklopädie Erziehungswissenschaft Online. Fachgebiet: Erwachsenenbildung. Weinheim: Juventa Verlag. DOI 10.3262/EEO16100054
- Hufer, K.-P./Pohl, K./Scheurich, I. (Hrsg.) (2004): Positionen der politischen Bildung. Bd. 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau
- Lösch, B. (2010): Ein kritisches Demokratieverständnis für die politische Bildung. In: dies./Thimmel, A. (Hrsg.): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Schwalbach/Ts.: Wochenschau, S. 115-127
- Lösch, B./Thimmel, A. (Hrsg.) (2010): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Schwalbach/Ts.: Wochenschau
- Mende, J./Müller, S. (Hrsg.) (2009): Emanzipation in der politischen Bildung. Theorien – Konzepte – Möglichkeiten. Schwalbach/Ts.: Wochenschau
- Negt, O. (2010): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Göttingen: Steidl
- Sander, W. (2002): Von der Volksbelehrung zur modernen Profession. Zur Geschichte der politischen Bildung zwischen Ideologie und Wissenschaft. In: Butterwegge, C./Hentges G. (Hrsg.): Politische Bildung und Globalisierung. Opladen: Leske + Budrich, S. 11-24
- Steffens, G. (Hrsg.) (2007): Politische und ökonomische Bildung in Zeiten der Globalisierung. Eine kritische Einführung. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Trumann, J. (2010): Bürgerinitiativen als politischer Lern- und Handlungsraum. In: Zeuner, C. (Hrsg.): Demokratie und Partizipation: Beiträge der Erwachsenenbildung. Hamburger Hefte für Erwachsenenbildung 2/2010. Hamburg: Universität, S. 29-40
- Weiss, C./Horn, H. (2008): Weiterbildungsstatistik im Verbund 2008 – kompakt. Bonn: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung. <http://www.die-bonn.de/doks/weiss1001.pdf> (Abruf: 08.09.2010)
- Wulf, C. (1984): Politische Bildung. In: ders. (Hrsg.): Wörterbuch der Erziehung. 6. Auflage. München: Piper, S. 449-456
- Zeuner, C. (2010): Aufgaben und Perspektiven der Erwachsenenbildung in einer demokratischen Gesellschaft. In: Aufenanger, S./Hamburger, F./Ludwig, L./Tippelt, R. (Hrsg.): „Bildung in der Demokratie.“ Beiträge zum 22. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft. Opladen: Barbara Budrich, S. 169-187
- Zeuner, C. (2008): Umweltbildung = politische Bildung? Zum politischen Bildungsgehalt aktueller Konzeptionen und Ansätze. In: Kursiv. Journal für politische Bildung. 11, H. 4, S. 20-30